

Strom-Overshoot-Day: Bis Silvester nur mehr Kohle, Erdgas und Atomstrom

Ausbau erneuerbarer Energien muss in den Bundesländern umgesetzt werden

St. Pölten, am 1.10.2021: Mit 1. Oktober ist der in Österreich erzeugte Strom aus Erneuerbaren rechnerisch aufgebraucht. Ab da werden Tonnen an Kohle und Erdgas verbrannt und Atomstrom aus den Nachbarländern nach Österreich importiert, um unsere Stromversorgung sicherzustellen. „Mit dem Beschluss des EAG vor der Sommerpause sind jetzt die Bundesländer gefordert, den Bau der Ökostromkraftwerke auch zu ermöglichen“, fordert Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft: „Dafür müssen neue Zonen für den Windkraftausbau ausgewiesen, die Genehmigungsbehörden ordentlich ausgestattet und die Verfahren vereinfacht werden.“

Morgen ist der Overshoot-Day der österreichischen Stromversorgung. Ab zweiten Oktober erhält Österreich rein rechnerisch seinen Strom nur mehr aus Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken. „Auch wenn über ein Jahr betrachtet zwei Drittel der österreichischen Stromversorgung bereits aus erneuerbarer Energie erzeugt werden kann, stammen nach wie vor 25 Prozent aus Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken, die auch zum Teil aus den Nachbarländern importiert werden müssen“, erklärt Moidl: „Hier bedarf es deutlich mehr Geschwindigkeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien.“

Bis 2030 100 Prozent Erneuerbare

Bis 2030 soll die Stromversorgung auf 100 Prozent Erneuerbare umgestellt sein. Dafür wurde Anfang Juli das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) im Nationalrat beschlossen. Damit kann die ökonomische Basis für den raschen Ausbau auf Bundesebene gesichert werden. Die neuen Ökostromkraftwerke müssen aber in den Bundesländern umgesetzt und die Potentiale genutzt werden. „Das bedeutet auch, dass einige

Bundesländer deutlich mehr als 100 Prozent der eigenen Stromversorgung erzeugen müssen, damit ganz Österreich eine Stromversorgung aus Erneuerbaren erreichen kann“, erklärt Moidl.

Bundesländer gefordert

Damit der Ausbau in den nächsten neun Jahren gelingen kann, sind die Bundesländer gefordert, Flächen auszuweisen, Beamte in den Genehmigungsbehörden einzustellen und die Bewilligungsverfahren zu vereinfachen. „In den letzten Jahren wurden die Bewilligungsverfahren enorm aufwendiger, ohne erkennbare Verbesserung für die Entscheidungen. Wir müssen die Verfahren effizient neugestalten, damit die Energiewende gelingen kann“, fordert Moidl: „Für die Windkraft von besonderer Bedeutung ist dabei das Ausweisen von Flächen, auf denen die Entwicklung neuer Windparks möglich ist. Hier sind ausnahmslos alle Bundesländer gefordert, ihre Zonierungen entsprechend der neuen Ziele für den Klimaschutz anzupassen oder gar neu zu erstellen.“